

Robert Kriechbaumer

Nur ein Zwischenspiel (?)

Die Geschichte der Grünen in Österreich
Von den Anfängen bis 2017



Robert Kriechbaumer

Nur ein Zwischenspiel (?)

Die Geschichte der Grünen in Österreich
Von den Anfängen bis 2017

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR



Veröffentlicht mit der Unterstützung des Amtes der Salzburger Landesregierung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Coverabbildung: Die grüne Nationalratsfraktion im Nationalrat 1986, © APA

© 2018 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien
Kölblgasse 8–10, A–1030 Wien, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Korrektorat: Jörg Eipper-Kaiser, Graz
Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien

ISBN 978-3-205-20100-7

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	9
1. (GRÜNE) GEDÄCHTNIS- UND ERINNERUNGSORTE – ZWENTENDORF UND HAINBURG	11
1.1 Zwentendorf	16
1.2 Unüberbrückbare Gegensätze – Die Spaltung der frühen Grünbewegung 1979 bis 1983	41
1.2.1 Das alternative Milieu. Die Alternative Liste Österreichs (ALÖ)	42
1.2.2 Der andere Entwurf. Die Vereinigten Grünen Österreichs (VGÖ)	48
1.2.3 Eine gescheiterte Wahlplattform, politische Intrigen und das Scheitern der (zerstrittenen) Grünbewegung 1983	51
1.3 Nationalpark versus Kraftwerk. Der Fall Hainburg als Grüne Reanimation	63
1.3.1 Die Phase der Formierung bis Dezember 1984	65
1.3.2 »... heute kann man sagen, das Diktaphon ist mächtiger als der Bagger.« Die Phase der Dramatisierung. Dezember 1984	79
1.3.3 Die Phase der Deeskalation. Jänner 1985	85
1.3.4 Die Phase der Ernüchterung. März 1985	90
1.3.5 Vom Kraftwerk zum Nationalpark. Die Phase des Entscheidens und der Abkühlung. April bis Oktober 1985	91
2. DIFFERENZ UND ANNÄHERUNG 1983 BIS 1986	93
2.1 Kooperationen und Wahlgemeinschaften von VGÖ und ALÖ auf Landesebene 1984/85	94
2.2 Getrennte Wege	103
2.3 Hainburg – Ein politisches Erweckungserlebnis	110
2.4 Geburtswehen einer Vernunftthe	112
3. »HANG ZUM PERMANENTEN KRACH« – DIE GRÜNE ALTERNATIVE 1986 BIS 1990	131
3.1 Erste Organisatorische und programmatische Herausforderungen	131
3.2 Die Fraktion der Gegensätze und Aktionismus als neuer Politikstil	140
3.3 Krise und mühsame Stabilisierung	144
3.4 Die Nationalratswahl am 9. Oktober 1990 – Die große Enttäuschung	165

4.	AM LOSEN ANKER – ZWISCHEN FUNDIS UND REALOS. DIE NEUNZIGERJAHRE	171
4.1	Krisenjahre 1990 bis 1992/93	171
4.2	Die Landtagswahlen 1991. Das Wechselbad der Gefühle	175
4.3	Jenseits von Links und Rechts. Eine realpolitische Wende 1992 bis 1994?	182
4.4	Der Kampf gegen den EU-Beitritt und das Superwahljahr 1994	189
4.5	Die Nationalratswahl 1995	205
4.6	Von Madeleine Petrovic zu Christoph Chorherr. Die Grünen 1996/97	212
4.6.1	Ein grünes Hochamt: Das Gentechnik- und Frauen-Volksbegehren	219
4.7	Neuerliche Turbulenzen und die Stabilisierung unter Alexander Van der Bellen 1997 bis 1999	226
5.	»EINE HIERARCHISCH GEGLIEDERTE MITGLIEDERPARTEI NACH KLASSISCH SOZIALDEMOKRATISCHEM MUSTER.« – DIE GRÜNEN UNTER ALEXANDER VAN DER BELLEN	247
5.1	Rot-Grüner Testlauf? Die Landtagswahlen in der Steiermark, im Burgenland und Wien 2000/2001	253
5.2	Die Implosion der fpö und grüne Hoffnungen 2002/2003	257
5.3	Eine versäumte Chance. Die gescheiterten Regierungsverhandlungen im Februar 2003	262
5.4	Jenseits von Rot-Grün. Die Landtagswahlen in Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol 2003	269
5.5	Zwischen politischem Erdbeben und Konstanz. Die GRÜNEN als politischer Zaungast 2004/2005	274
5.6	Der Triumph des politischen Biedermeier oder die Konservative Wende zum Etatismus. Die Nationalratswahl am 1. Oktober 2006	288
5.7	Eine »Umweltorientierte, gesellschaftspolitisch linksliberale Partei«. Auf dem Weg zur Mittelpartei (?) 2007/2008	299
5.8	»Das Wahlergebnis ist nicht das, was wir uns erwartet haben.« Die Nationalratswahl am 28. September 2008	310
	BILDTEIL	313
6.	EIN WECHSEL AN DER PARTEISPITZE UND EIN ZWEIJÄHRIGER WAHLMARATHON 2009/2010	345
6.1	Von Alexander Van der Bellen zu Eva Glawischnig. Neupositionierung und personelle Turbulenzen	345
6.2	Der Wahlmarathon 2009/2010	355
6.2.1	Die Europawahl am 7. Juni 2009	355

6.2.2 Die Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg, Oberösterreich und Vorarlberg	359
6.2.3 Zwischen Linkswende und Realpolitik. Der Schock der Nationalratswahl am 28. September 2008 und die Suche nach Positionen	375
6.2.4 Regierungssehnsucht – Hoffnungen auf Rot-Grün. Die Landtagswahlen im Burgenland, in der Steiermark und in Wien 2010	378
7. 2011–2013 : AUF DEM WEG ZUM (POLITISCHEN) GIPFELKREUZ ?	405
7.1 Die »Schwarz-Rot-Grüne Dreierbande«. Die Grünen als konstruktive Oppositionspartei	411
7.2 Eine ordnungspolitische Linkswende und ein angestrebter Systemwechsel mit Rot-Grün	417
7.3 Politisches Farbenspiel: Schwarz-Grün und Rot-Grün. Das Superwahljahr 2013	426
7.3.1 3. März 2013: Politik as usual und ein politisches Erdbeben. Die Landtagswahlen in Niederösterreich und Kärnten	428
7.3.2 Der Westen ergrünt. Die Landtagswahlen in Tirol und Salzburg . .	434
7.3.3 Der verfehlt Gipfelsieg. Die Nationalratswahl am 29. September 2013	454
8. ERFOLGE 2014 – AUF DEM WEG ZUR REGIERUNGSPARTEI IM BUND ? . .	463
9. 2015 – EIN EPOCHENJAHR. DIE GRÜNEN ALS ZAUNGÄSTE NEUER INNENPOLITISCHER KONSTELLATIONEN	479
9.1 Die Landtagswahlen im Burgenland und in der Steiermark am 31. Mai 2015	485
9.2 Der Kampf um den Fortbestand der Schwarz-Grünen Koalition. Die Landtagswahl in Oberösterreich am 27. September 2015	494
10. WIEN – SZENEN EINER ROT-GRÜNEN EHE	502
10.1 Die kontroverielle Parkraumbewirtschaftung	505
10.2 Die Kontroverse um die Mariahilfer Straße	511
10.3 »Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir uns nicht einigen können.« Die Wahlrechtsreform – Das gebrochene Wahlversprechen	517
10.4 »Die SPÖ sitzt mit ihrem Arsch auf unserem Gesicht.« Trotz tiefer Wunden – Rot-Grün hält	522
10.5 Die Wiener Landtagswahl am 11. Oktober 2015. Grüne Enttäuschungen oder Der Triumph des SPÖ-Anti-Strache-Effekts	523

10.6	Politische Nachwehen und die Neuaufgabe von Rot-Grün	530
11.	QUO VADIS ? EINE NEUE STANDORTBESTIMMUNG ?	537
12.	»DIE ZEITEN ÄNDERN SICH.« ALEXANDER VAN DER BELLEN ALS ÜBERPARTEILICHER KANDIDAT. DIE BUNDESPRÄSIDENTENWAHL 2016	543
13.	ANNUS HORRIBILIS 2017	556
13.1	Eine neuerliche Richtungsdebatte	556
13.2	Der Konflikt mit den Jungen Grünen	562
13.3	Führungswechsel – Von Eva Glawischnig zur Doppelspitze Ulrike Lunacek/Ingrid Felipe	573
13.4	Der Bundeskongress am 25. Juni in Linz – Ein politisches Erdbeben im Grünen Biotop	577
13.5	»Unsere Wege haben sich in Linz getrennt.« Die Liste Pilz als neue grüne Konkurrenz	584
13.6	Ein Hochhaus am Heumarkt oder Grüne Turbulenzen in Wien	588
13.7	Innsbruck 2017 – Ein grüner Richtungskampf	599
13.8	»Die Partei ist gespalten.« Die Krise der Kärntner Grünen	604
13.9	»Der Herbstwind bläst uns kalt ins Gesicht.« Der Nationalratswahlkampf 2017	611
13.10	15. Oktober 2017. Ein Wahldesaster und der Abschied vom Parlament	622
13.11	»Die Grünen werden wieder kommen. Österreich braucht sie. Wär gut, wenn Sie dazugelernt hätten.« (?)	626
	QUELLENNACHWEIS	634
	BIBLIOGRAFIE	635
	ABBILDUNGSNACHWEIS	640
	PERSONENREGISTER	641

Vorwort

Mit Blick auf die dramatischen Ereignisse des Jahres 2017 liegt die Vermutung nahe, die Krise der Grünen und deren schließliches Ausscheiden aus dem Nationalrat nach der Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017 sei der unmittelbare Anlass für den Verfasser gewesen, sich in einer Studie der Geschichte der Grünen zu widmen. Diese Vermutung ist vor allem deshalb nicht zutreffend, da das Verfassen einer so umfangreichen Studie und das Sammeln des umfangreichen Materials in der inzwischen verstrichenen kurzen Zeit nicht möglich gewesen wäre. Den Anlass für diese Studie gaben vielmehr zwei Ereignisse: die nach vielen Umwegen schließlich doch erfolgte Regierungsbeteiligung der Salzburger Grünen 2013 sowie das 30-jährige Jubiläum der grünen Bundespartei 2016. Zusammen mit Michael Mair fasste ich zur Jahreswende 2014/15 den Entschluss, mich in einer regionalhistorischen Studie der Geschichte der Salzburger Grünen bis zum Jahr 2013 zu widmen. Im Zuge der Arbeiten an dieser regionalhistorischen Studie erwog ich immer wieder das Konzept der Darstellung der Geschichte der Salzburger Grünen im Rahmen der bundespolitischen Ereignisse, vor allem der Entwicklung der Bundespartei der Grünen. Die Fülle des Materials hätte jedoch den ohnedies bereits beträchtlichen Umfang der Studie über die Salzburger Grünen gesprengt und selbst den interessiertesten Leser ermüdet. Das Jubiläum der grünen Bundespartei 2016, die in diesem Jahr ihre 30-jährige Mitgliedschaft im Nationalrat feierte, sowie die Chancen des von ihnen unterstützten ehemaligen Bundessprechers und nunmehrigen – offiziell unabhängigen – Präsidentschaftskandidaten Alexander Van der Bellen, die Wahl zum Bundespräsidenten zu gewinnen und damit den Weg der Grünen in die Mitte der Gesellschaft zu personifizieren, gaben zusätzliche Impulse für das Verfassen der nun vorliegenden Darstellung.

Dass dem Triumph des 4. Dezember 2016 die Katastrophe des 15. Oktober 2017 folgen sollte, konnte niemand ahnen, auch der Verfasser nicht. Die sich 2017 überstürzenden Ereignisse lösten eine in dieser Form völlig unerwartete Dynamik der innenpolitischen Entwicklung mit weitreichenden Folgen aus. Dass dieses Buch relativ kurz nach dem Ausscheiden der Grünen aus dem Nationalrat erscheint, ist somit reiner Zufall. Es versteht sich nicht als Requiem auf Grün, wenngleich die Krise der Partei unübersehbar ist, sondern nur als Zwischenbericht mit Fragezeichen, was die Zukunft betrifft. Für die Gestaltung dieser Zukunft mag es aber hilfreich sein, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen und die eine oder andere Lehre aus der Geschichte zu ziehen.

1. (Grüne) Gedächtnis- und Erinnerungsorte – Zwentendorf und Hainburg

Die Anzeichen einer an Intensität zunehmenden Erschütterung der Jahrzehnte durch Lagergrenzen, hohe Parteimitgliedschaft und überbordenden Parteieneinfluss, Sozialpartnerschaft und Vertrauen in das politische System und dessen Akteure gekennzeichneten stabilen politischen Kultur und politischen Landschaft der Zweiten Republik wurden erstmals zu Beginn der Siebzigerjahre des 20. Jahrhunderts spürbar. Die Steigerung des materiellen Wohlstandes, der Lebenschancen, die Zunahme individueller Lebensentwürfe und partizipativer politischer Entscheidungskompetenzen, steigende formale Bildung breiter Schichten der Bevölkerung, das Anwachsen postmaterialistischer Werthaltungen und in deren Folge die zunehmende Wahrnehmung einer notwendigen ökopolitischen Wende im Sinne der Grenzen des industriellen Wachstums und der zunehmenden Politisierung der Topoi Lebensqualität, Nachhaltigkeit und Umwelt(schutz) bewirkten einen Wandel der politischen Kultur, der sich u. a. in dem Entstehen zahlreicher Bürgerinitiativen äußerte. Sonja Puntscher Riekmann hat darauf hingewiesen, dass die sich in den späten sechziger und frühen Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts bildenden Bürgerinitiativen an der Wiege der grünen Parteien und Listen standen und vor allem aus drei Gründen die damit einhergehende folgenschwere Veränderung der politischen Kultur und politischen Wettbewerbslogik der Zweiten Republik bewirkten:

1. Im Gegensatz zur 68er-Bewegung erschütterten die Bürgerinitiativen durch ihr Auftreten in einem erheblichen Maß das herrschende politische System der Konkordanzdemokratie.
2. Erfolgreichen Bürgerinitiativen gelangen Einsichten in die Komplexität von Politik und vermochten partiell durch Zusammenschlüsse sowie programmatische Arbeit den Schritt aus der One-Issue-Position und der eingeschränkt temporären Existenz zum politischen Akteur auf kommunaler Ebene zu setzen.
3. Auf den Erfolgen und Misserfolgen der Bürgerinitiativen basierte die Entscheidung, grüne Parteien und Listen als neue politische Mitbewerber auf allen Ebenen des politischen Systems zu bilden.¹

Als Ergebnis des Wertewandels und einer zunehmenden Politisierung transponierte sich das bisher dominant institutionelle Partizipationsverständnis in ein normatives, das eine möglichst umfassende Partizipation der Bürgergesellschaft in de facto allen

1 Sonja Puntscher Riekmann: Die Grüne Alternative. – In: Wolfgang Mantl (Hg.): Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. – Wien/Köln/Graz 1992, S. 405–428, S. 414f.

Bereichen der Politik als konstitutiven Wert einer demokratischen Gesellschaft postulierte. Aus der moralisch aufgeladenen Sorge um das Gattungswesen und der beanspruchten Heilsgewissheit erfolgte die Organisation einer breiten Palette von Bürgerinitiativen und anderen Aktionsgruppen, die auf Grund ihrer Gesinnungsethik auch im Sinne des daraus abgeleiteten Widerstandsrechts auch die moralisch geforderte Negierung staatlicher Legalität und Legitimität postulierten. Dieses neue Phänomen der politischen Kultur fand seine politische Verfestigung in den entstehenden Grün-Parteien, in denen sich auch andere Bewegungen wie Friedens- oder Frauenbewegung konzentrierten und die sich nach pubertären Anfangsschwierigkeiten als Mitspieler im politischen System zu etablieren vermochten.

»Auch wenn Ökologiebewegung und grüne Partei deutlich zu unterscheiden sind, wäre letztere nichts ohne die Ökologiebewegung.«² Ökologiebewegung und entstehende grüne Parteien waren und sind jedoch nicht deckungsgleich. Ein erheblicher Teil der Ökologiebewegung blieb dem Parteibildungsprozess fern oder engagierte sich in traditionellen Parteien, während die entstehenden grünen Parteien – vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Frankreich und in Wien – neben Teilen der Bürgerinitiativen und Ökologiebewegung vor allem auch Residuen der 68er-Bewegung, unterschiedlicher K-Gruppen mit ausgeprägtem antikapitalistischen und teilweise auch anarchistischen Orientierungen (Sponti-Szene) inkorporierten.

Die Formierung der Ökologiebewegung erfolgte zunächst als Protest gegen den Bau von Atomkraftwerken und die immer sichtbarer werdenden Folgen der Natur- und Umweltzerstörung, dessen Wurzeln in die Lebensform- und Jugendbewegung der Jahrhundertwende zurückreichten. »Umwelt«, verstanden vor allem auch als Bewahrung der Natur, war ein Bestandteil der konservativen Reaktion auf den Fortschrittsglauben der Industriegesellschaft mit seinen ökologischen Folgen. Die frühen Protestformen gegen die AKWs in Zwentendorf und St. Pantaleon in Österreich und Rüthi in der Schweiz wurden von konservativen Bewegungen, vor allem vom »Weltbund zum Schutz des Lebens« und dem »Bund für Volksgesundheit« getragen. Beide Organisationen repräsentierten arrivierte Vereinigungen, denen auch der »Österreichische Naturschutzbund« (ÖNB) zuzurechnen war. In deren Kielwasser schwammen allerdings auch verschiedene rechte Vereinigungen, die sich partiell und temporär in Landesorganisationen der bürgerlichen Vereinigten Grünen (VGÖ) zu etablieren vermochten, jedoch im Laufe der Entwicklung in der politischen Bedeutungslosigkeit versanken.

Parallel zu dieser konservativen Formierung erfolgte in Fortsetzung der 68er-Bewegung die Bildung einer Alternativszene, deren Spektrum in deutlicher Distanz zum bestehenden Wertesystem und dessen Organisationsformen in Alternativange-

² Franz Schandl, Gerhard Schattauer: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. – Wien 1996, S. 87.

boten – von der alternativen Schule über alternative Lebens- und Kulturformen bis zu Dritte-Welt-Initiativen und zum Feminismus – reichte. In diesem neuen Biotop eines entstehenden grünen Projekts tummelten sich die unterschiedlichsten Persönlichkeiten und Orientierungen, die schließlich auch die Spannungen und Brüche in der späteren grünen Parteibildungsphase erklärbar machen. »Da existierten bürgerliche Rebellen neben sozialdemokratischen Renegaten, in den verschiedenen Varianten des Marxismus geschulte Studenten neben betroffenen Hausfrauen, Bauern und Gewerbetreibenden, im Marsch durch die Institutionen enttäuschte 68er neben politisch nur vage definierten Experten, alternative Aussteiger und sich selbsterfahrende Lehrer neben dynamischen Aufsteigern, Radikalfeministinnen neben »neuen Müttern«, Naturmystiker neben alternativen Gewerkschaftern, Personen mit langjähriger politischer Erfahrung neben vollkommenen Neulingen auch in wichtigen Positionen, viele Betroffene neben wenigen Strategen, Radikaldemokraten neben Zentralisten. [...] Diese Liste der Ambivalenzen und Gegensatzpaare ließe sich weiter fortsetzen. Sie alle haben in der grünen Bewegung ein Wort, bestimmen Positionen und Ästhetik, formulieren unterschiedliche Interessen.«³ Zahlreiche Personen dieses neuen politischen Biotops wurden in mehreren Initiativen oder Projekten des breiten Spektrums der Alternativkultur – von alternativen Lebensformen bis zu den Residuen des orthodox-marxistischen Biotops – aktiv.

Die unübersichtliche Szene mit ihren verschwimmenden Konturen und unterschiedlichen Lebenswelten verharrte auf Grund ihrer Segmentierung und divergierenden ideologischen Positionen bis zur Mitte der Siebzigerjahre im Status der politischen Subkultur und damit der politischen Bedeutungslosigkeit. Es bedurfte eines historischen Ortes mit hoher Symbolkraft, der zu einem zentralen Bestandteil der Entstehungsgeschichte der Grünen werden sollte: Zwentendorf und Hainburg.

Jenseits ihres jeweils konkreten geografischen Raumes, ihrer topografischen Verortung, wurden Zwentendorf und Hainburg zum Gedächtnis- und Erinnerungsort nicht nur der Entstehungsgeschichte der Grünen, sondern auch der Geschichte der Zweiten Republik.

Ein Ort wird erst dann zu einem Erinnerungsort, wenn er mit kollektiver Erinnerung und mit kollektiven Assoziationen verbunden ist. Das Entscheidende ist die kollektive Erinnerung und die damit einhergehende (politische) Mythologie einer Gruppe oder einer Nation. Insofern bedarf der historische Ort als Gedächtnis- und Erinnerungsort nicht der physisch-materiellen Existenz, sondern nur der Erzählung und ihrer formierenden Kraft der Erinnerung. Auch wenn z. B. der konkrete Ort – ein Gebäude wie die Bastille, ein Stadtbild wie jene des barocken Dresden – das Opfer der Zerstörung wurde, kann es als mit hoher Symbolkraft aufgeladener Begriff in der kollektiven Erinnerung nicht nur weiterexistieren, sondern für das historische

3 Puntscher Riekmann: Die Grüne Alternative, S. 409.

Selbstverständnis, die kollektive Ich-Identität, von prägender Wirkung sein. Erst die Große Erzählung, der Mythos, schafft den Gedächtnis- und Erinnerungsort.⁴ »Der Mythos erzählt eine Geschichte, die einem Ereignis, einem Ort oder einer Begebenheit erst eine Bedeutung und damit auch einem politischen Konzept eine narrative Plausibilität verleiht. In politischen Mythen überlieferte Anfänge sind mehr als bloß Anfänge in der Zeit, sie enthalten Sinnversprechen, durch welche die Vergangenheit über die Gegenwart hinaus in die Zukunft verweist.«⁵ Als Mittel der kollektiven Ich-Identität bedienen sich ihrer alle politischen Lager.

Die Faszination des historischen Ortes basiert auf seiner hohen Symbolkraft und Sinngebung, als Ergebnis einer spezifischen Aneignung von Vergangenheit und deren Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. In ihnen ist jeweils nur ein mehr oder weniger großer Teil der historischen Wahrheit enthalten. Jenseits ihres konkreten Kontextes, dem sie auch enthoben sein können, werden sie als assoziative rhetorische Topoi auch zu Erklärungsmustern für aktuelle Ereignisse oder Missstände und damit auf Grund ihres hohen Erklärungspotentials zur allgemein verstandenen Redewendung. Der damit entstehende politische Mythos als gruppenspezifische oder nationale Große Erzählung hat ihre jeweiligen Autoren und Propagandisten. Erfüllten diese Aufgabe in vormodernen Gesellschaften die Chronisten, Seher und Priester, so übernehmen deren Rolle in modernen, komplexen Gesellschaften »im Wesentlichen die Intellektuellen und Dichter« und »vor allem die Massenmedien«. Der politische Mythos ist somit nicht das Produkt der Massen, sondern der Erzählung der geistigen Eliten und besitzt damit stets einen subjektiven Charakter. »Der Sinn von Erinnerung ist so wenig die Wahrheit wie der von Mythen und Legenden. Der Sinn liegt in der den je eigenen Zielen untergeordneten Ausdeutung und Aneignung der Vergangenheit. Die Formen des kollektiven Gedächtnisses gleichen so weniger den Archiven, in denen unterschiedslos die Dokumente der Vergangenheit gesammelt und aufbewahrt werden, auch nicht den Versuchen der Historiker, die Vergangenheit nach den Gesichtspunkten des Wirkmächtigen zu rekonstruieren, sondern hochselektiven Ausstellungen, die aus der Vergangenheit das repräsentieren und mit Bedeutung versehen, was den Interessen und Perspektiven der Gegenwart vor allem im Zusammenhang mit gruppenspezifischen Identifikationsstrategien dient.«⁶

In seiner 1990 publizierten Untersuchung über den Wandel der politischen Kultur in Österreich in den Siebziger- und Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts diag-

4 Vgl. dazu Etienne Francois, Hagen Schulze (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte*. 3 Bde. 4. Aufl. – München 2002; Emil Brix, Ernst Bruckmüller, Hannes Stekl (Hg.): *Memoria Austriae*. 3 Bde. – Wien 2004/05.

5 Konrad Paul Liessmann: *Topoi. Konturen einer politischen Mythologie*. – In: Brix, Bruckmüller, Stekl (Hg.): *Memoria Austria I. Menschen, Mythen, Zeiten*, S. 194–218, S. 201.

6 Liessmann: *Topoi*, S. 202 f.

nostizierte Peter A. Ulram, das Thema »Umweltschutz« sei auf Grund seiner umfassenden Politisierung ein genuin »neues Thema«. Für die nunmehr einsetzende Konjunktur des Themas fungierten vor allem zwei politische Großereignisse: Die von medialen Berichterstattungen und Kampagnen begleiteten Auseinandersetzungen um die geplante Errichtung eines Kernkraftwerkes in Zwentendorf 1977/78 und, von noch größerer Bedeutung, eines Donaukraftwerkes in der Stopfenreuther Au bei Hainburg 1984/85. In beiden Auseinandersetzungen lockerten sich die traditionellen Parteiloyalitäten, wurden neue Trennlinien quer zu den traditionellen Lagergrenzen deutlich sichtbar, wobei der Anteil der Skeptiker bzw. Gegner der jeweiligen Projekte unter den ÖVP- und FPÖ-Anhängern deutlich höher war als unter jenen der SPÖ. Die demoskopischen Daten signalisierten nach einem Abstieg der Bedeutung des Umweltthemas nach dem Stopp der Inbetriebnahme Zwentendorfs dessen endgültige Etablierung als zentrales politisches Thema im Zuge der Auseinandersetzungen um das Donaukraftwerk bei Hainburg. Mitte der Achtzigerjahre verfolgten 67 Prozent der Österreicher die mediale Berichterstattung über Umweltfragen und sprachen 48 Prozent mit Freunden oder Bekannten über Umweltfragen und 22 gaben an, sich durch die Lektüre von Büchern oder Artikeln bzw. den Besuch spezieller Veranstaltungen über Umweltfragen zu informieren. Sahen 1982 noch 40 Prozent der Österreicher/innen die Maßnahmen für den Umweltschutz als ausreichend oder fast zu viel an, so sank dieser Wert 1984 auf 23 Prozent. Hatten 1982 59 Prozent die Meinung vertreten, die Aktivitäten für den Umweltschutz seien etwas bzw. viel zu wenig, so waren es 1984 bereits 75 Prozent. 1987 bezeichneten 79 Prozent die Reinhaltung von Wasser und Luft als wichtiges politisches Ziel und erklärten 64 Prozent dies auch als persönliches Anliegen. Hatten 1981 35 Prozent der Österreicher/innen erklärt, die Verbesserung des Umweltschutzes sollte als Ziel von den politischen Parteien verstärkt berücksichtigt werden, so waren es 1987 64 Prozent.⁷ In einer vom Fessel-GfK-Institut 2002/03 durchgeführten Umfrage zur österreichischen Identitätsbildung erklärten 57 Prozent der Befragten auf die Frage, was denn für sie typisch für Österreich sei, die Natur, wobei vor allem die alpine Landschaft und die saubere Umwelt gemeint waren. Bei den Epochen der österreichischen Geschichte, auf die man besonders stolz sei, führte die Zweite Republik mit 58 Prozent die Liste mit deutlichem Abstand an, wobei unter den positiven Antworten auch der Umweltschutz und dessen Folgen eine zentrale Rolle spielten.⁸ Generell nahm das Thema »Umwelt« im Pantheon der österreichischen Identität ab der Mitte der

7 Peter A. Ulram: Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich. – Wien/Köln/Graz 1990, S. 131 ff. (Studien zu Politik und Verwaltung. Herausgegeben von Christian Brünner, Wolfgang Mantl, Manfred Welan. Band 35).

8 Emil Brix, Ernst Bruckmüller, Hannes Stekl: Das kulturelle Gedächtnis Österreichs. Eine Einführung. – In: Dies. (Hg.): Memoria Austriae I, S. 9–25, S. 13 f.

Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts eine immer prominentere Position ein. Diese Sedimentierung im kollektiven nationalen Bewusstsein bewirkte, dass das Thema »Umwelt/Ökologie« in den Programmen aller Parteien eine zentrale Rolle einnahmen und Begriffe wie »Bio« oder »Nachhaltigkeit« zum Bestandteil des politischen Vademecums wurden.

I. I ZWENTENDORF

Die Rolle der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf für die Gründungsphase der Grünen ist umstritten. Freda Meissner-Blau, die »Mutter Courage« der frühen grünen Parteiformierung, widersprach im Rückblick der geläufigen und durchaus plausiblen These, die Auseinandersetzung um Zwentendorf sei eine der Geburtsstunden der Grünen gewesen.⁹ »Bitte schön. Das ist ein Märchen. Es ist ein Märchen, dass die Grünen in Zwentendorf entstanden sind. [...] Bei der großen Demonstration in Zwentendorf da war doch keiner von den heutigen Grünen dabei, das waren grün-bewegte Linke, aber das waren nicht die Grünen.«¹⁰ Es waren tatsächlich nicht »die Grünen«, sondern es war eine breite und völlig inhomogene Protestbewegung – von Wissenschaftler/innen über rechtskonservative und katholische Gruppierungen bis zum »maoistischen Bund« –, die sich, abgesehen von ihrem Protest gegen die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken, in ihren ideologischen Positionen unterschieden. Die ideologische Spannweite der Protestbewegung wurde bei der Anti-AKW-Demonstration am 26. Oktober 1977 am Ballhausplatz deutlich, bei der der kommunistisch-maoistische Bund seinen Protest mit antiparlamentarischen Transparenten und Sprechchören zum Ausdruck brachte und von Bundeskanzler Bruno Kreisky als »Baader-Meinhof-Sympathisanten« apostrophiert wurde, mit denen er nicht sprechen werde.¹¹ Ein Großteil der Anti-Zwentendorf-Aktivisten rekrutierten zu linken und linksradikalen Gruppierungen und zahlreiche Druckschriften wurden in linken, vor allem maoistischen Druckereien hergestellt. Besonders in Wien dominierte 1976/77 die linke und linksradikale Szene in Form des selbstverwalteten Jugendzentrums »Arena« und der Gründung des »Falters«,

⁹ Vgl. die Darstellung der Grünen Bildungswerkstatt <https://www.gb.w.at/oesterreich/artikelansicht/beitrag/die-gruene-alternative-woher-sie-kommt> (abgerufen am 20. 9. 2017). Freda Meissner-Blau: Zwentendorf nur ein Etappensieg? (Eine persönliche Geschichte) – In: Heimo Halbrainer, Elke Murlasits, Sigrid Schönfelder (Hg.): Kein Kraftwerk in Zwentendorf! 30 Jahre danach. – Weitra 2008, S. 124–130.

¹⁰ <http://derstandard.at/1297820245551/Standard-Interview-In-Zwentendorf-waren-nicht-die-Grünen> (abgerufen am 22. 9. 2017).

¹¹ http://www.erinnerungsort.at/thema7/u_thema1.htm (abgerufen am 20. 9. 2017).

dessen Redaktionskomitee den Kampf gegen das AKW Zwentendorf zur Causa prima machte, die Anti-AKW-Bewegung.¹²

Zwentendorf markiert eine Zäsur in der Geschichte der Zweiten Republik, wurde jedoch erst a posteriori durch eine Große Erzählung zum Topos, zum Erinnerungsort der Umweltbewegung und der Grünen. Der Blick des Historikers auf das Archiv als Gedächtnis der Vergangenheit ist ein anderer als jener der direkten Akteure oder deren Nachkommen. Sein Blick ist nüchterner und breiter, da er sich bemüht, die Fakten kritisch im Auge zu behalten. Die Fundamente des politischen Mythos müssen ihre Bewährungsprobe vor den Fakten bestehen.

Am 8. Dezember 1953 unterbreitete Eisenhower nach vorherigen Konsultationen mit den Premierministern und Außenministern Großbritanniens und Frankreichs – Winston Churchill, Anthony Eden, Joseph Laniel und Georges Bidault – in Bermuda vom 4. bis 8. Dezember der Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Plan, um die Angst vor der zerstörerischen Kraft der Atomenergie zu beseitigen. Die Regierungen, die sich bereits im Besitz von spaltbarem Material befanden, sollten gemeinsame Beiträge aus ihren Lagern einer Internationalen Atomenergiebehörde, die unter der Ägide der Vereinten Nationen errichtet werden sollte, zur Verfügung stellen. Die wichtigste Aufgabe der Internationalen Atombehörde würde es sein, »Methoden zu entwickeln, durch die das spaltbare Material so aufgeteilt wird, dass es den friedlichen Zwecken der Menschheit dient. Experten würden mobilisiert für die Verwendung der Atomenergie in der Landwirtschaft, der Medizin und anderen friedlichen Bereichen. Besonderes Ziel müsste es sein, ausreichende Mengen elektrischer Energie an die energiearmen Gebiete der Welt zu liefern.« Die USA bekundeten, so der US-Präsident, »ihre Entschlossenheit, an der Lösung des furchtbaren Atomdilemmas mitzuhelfen und mit ganzem Herzen und Verstand nach dem Weg zu suchen, durch den die wunderbare Erfindungsgabe des Menschen nicht zu seinem Tod, sondern seinem Leben gewidmet wird.«¹³ Mit dieser Rede gab Eisenhower den entscheidenden Impuls nicht nur zur Schaffung der Internationalen Atomenergiebehörde, sondern auch zum Bau von Atomkraftwerken als Symbolen der friedlichen Nutzung der Atomenergie, denen angesichts des steigenden Energiebedarfs infolge des internationalen Wirtschaftsbooms besondere Bedeutung zukam.

1957 war Wien Sitz der Internationalen Atomenergiebehörde geworden und wenig später erschienen die ersten Zeitungsartikel, die angesichts des steigenden Energiebedarfs im von erheblichen jährlichen Zuwachsraten geprägten Wirtschaftswunderland bereits für Mitte der Sechzigerjahre einen Energieengpass prophezeiten, der

12 Gerhard Strohmeier: »Umwelt«: Österreichische Mythen, Topoi und Erinnerungen. Die Gedächtnisorte »Zwentendorf«, »Hainburg« und »das Waldsterben«. – In: Brix, Bruckmüller, Stekl: *Memoria Austriae I*, S. 357–391, S. 365.

13 Dwight D. Eisenhower: *Die Jahre im Weißen Haus 1953–1956*. – Düsseldorf/Wien 1964, S. 279.

nur durch den Bau von Atomkraftwerken zu vermeiden sei. Vor diesem Szenario bildeten die Elektrizitätswirtschaft und die junge Studiengesellschaft für Atomenergie eine Arbeitsgemeinschaft, die 1965 die Initiative ergriff und bei Bundeskanzler Josef Klaus die Forcierung des als notwendig erachteten Baus von Atomkraftwerken einmahnte. Klaus, der in seiner Regierungserklärung 1966 angesichts des steigenden Energiebedarfs der Wirtschaft die Prüfung der friedlichen Verwendung von Atomenergie das Wort geredet hatte und in ihrer Verwendung die Energieform des 21. Jahrhunderts sah,¹⁴ sagte seine Unterstützung zu und beauftragte Verkehrsminister Ludwig Weiß mit der Verfolgung des Vorhabens. Im Oktober 1967 fand auf Initiative von Weiß die erste Atomstrom-Enquete statt, bei der der damalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Stefan Koren, das Eröffnungsreferat hielt. Bereits 1961 hatte er in einem Aufsatz über die »Struktur und Nutzung der Energiequellen Österreichs« die Meinung vertreten, dass die österreichische Energieproduktion nur im Bereich der Wasser- und Atomkraft Zukunfts- und Entwicklungsmöglichkeiten besitze, wobei allerdings bei der Atomkraft vor deren Nutzung noch eine Reihe technischer Probleme ihrer Lösung harreten.¹⁵ Sechs Jahre später erklärte er unter allgemeinem Applaus, die Möglichkeiten der Atomenergie müssten vor allem unter dem Aspekt der ökonomisch äußerst günstigen Stromproduktion gesehen und daher in jedem Energiekonzept der Zukunft berücksichtigt werden.

Nach diesem grundsätzlich positiven Ergebnis setzte ein erbittertes Ringen zwischen den verschiedenen Energieproduzenten und den Bundesländern um die konkrete Gestaltung der Gesellschafterstruktur und die Situierung der ersten Kraftwerke ein. Die Landesgesellschaften lehnten einen dominanten Einfluss des Bundes und der Verbundgesellschaft beim Bau und Betrieb der künftigen Atomkraftwerke ab und die Länder warben um ihre jeweils nominierten Standorte. Während sich der Obmann der FPÖ, Friedrich Peter, für Oberösterreich stark machte, setzte sich in dem erbitterten Ringen schließlich der niederösterreichische Landeshauptmann Andreas Maurer durch. Das erste Atomkraftwerk mit einer Leistung von 600 Megawatt sollte im niederösterreichischen Zwentendorf errichtet werden, ein zweites im oberösterreichischen St. Pantaleon, ein drittes in Kärnten. Die Ausschreibungen für Zwentendorf wurden 1969 auf Drängen von Klaus abgeschlossen und der Fertigstellungstermin mit 1975/76 angegeben. Am 10. Februar 1970 erfolgte die Gründung

14 Beatrice Weinmann: Josef Klaus. Ein großer Österreicher. – Wien 2000, S. 263.

15 Gabriele Pfeifer: Stephan Koren. Wirtschaft im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik 1967–1970. – Salzburg 1993, S. 31 (Veröffentlichungen der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek. Forschungsinstitut für politisch-historische Studien. Herausgegeben von Robert Kriechbaumer, Franz Schausberger, Hubert Weinberger. Band 1).

der »Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GmbH.« (ГКТ), an der die Verbundgesellschaft und die Landesgesellschaften zu je 50 Prozent beteiligt waren.¹⁶

Die wenig später stattfindende Nationalratswahl etablierte die Minderheitsregierung Kreisky und verzögerte durch neuerlich einsetzende Rivalitäten zwischen dem Verbund und den Landesgesellschaften den Baubeginn, der erst am 22. März 1971 in einer außerordentlichen Generalversammlung der ГКТ beschlossen wurde.¹⁷ In dem Wechselspiel von Errichtungsbewilligung und Betriebsbewilligung wuchsen die Betonmauern des Atomkraftwerkes, wobei jedoch die Handhabung der in jedem Bauabschnitt notwendigen Überprüfungen den Baufortschritt verzögerten, sodass der Fertigstellungstermin auf 1978 verschoben wurde. Als im Juni 1973 der rund 1.100 Tonnen schwere und von der voest gefertigte Sicherheitsbehälter montiert wurde, versammelten sich Landespolitiker aller Couleurs, um diesen wichtigen Bauabschnitt zu feiern. Noch schienen kein Zweifel und kein Widerstand die allgemeine Harmonie und Überzeugung vom notwendigen Anschluss an die Moderne zu stören.

Als eine Delegation der niederösterreichischen Ärztekammer unter der Leitung des Klosterneuburger Arztes Rudolf Drobil bei Landeshauptmann Andreas Maurer gegen die Errichtung Zwentendorfs mit der Begründung der dadurch zu befürchtenden gesundheitlichen Schäden der Bevölkerung protestierte und wenig später 20 Gesundheitsvereine ein Volksbegehren gegen das Atomkraftwerk forderten, wurden sie vom Großteil der Presse noch als hoffnungslose provinzielle Antimodernisten abgetan. Ein Blick nach Europa hätte jedoch zur Vorsicht mit solchen Urteilen mahnen müssen.

Bereits 1968 waren in Paris die ersten Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke gegründet worden und 1972 entstanden in der Bundesrepublik Deutschland die ersten Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke. Die westdeutsche Innenpolitik der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre wurde zu einem erheblichen Teil vom an Intensität ständig zunehmenden Streit um die Atomenergie bestimmt. In der Bundesrepublik Deutschland wurde zwar die Forschung über die Kernenergie in den Sechzigerjahren zunehmend gefördert, doch spielte deren ökonomische Nutzung im Bereich der Energiepolitik auf Grund der starken Subventionierung der Kohle de facto keine Rolle. Dies änderte sich erst zu Beginn der Siebzigerjahre, als das ganz im Geist der Modernisierungseuphorie verfasste Energieprogramm der sozialliberalen Koalition 1973 einen zusätzlichen Elektrizitätsbedarf von rund 90.000 Megawatt bis zum Jahr 1985 prognostizierte, wofür ein Bau von beinahe 100 Atomkraftwerken erforderlich

16 Die Beteiligungen der Landesgesellschaften beinhalteten folgende Anteile: Tirol 13,34 Prozent, Niederösterreich 10,83 Prozent, Steiermark 10 Prozent, Oberösterreich 8,33 Prozent, Kärnten 3,33 Prozent, Salzburg 2,5 Prozent und Vorarlberg 1,67 Prozent.

17 Rolf Rothmayer: Typisch österreichisch: Die Chronik von Zwentendorf. – In: Die Presse – spektrum 29./30. 10. 1978, S. 18f.

sei. Der kurz nach dem Energieprogramm einsetzende erste Ölschock unterstrich die Bedeutung der Atomenergie, deren Anteil an der Gesamtproduktion von 1974 bis 1985 von 4 auf 45 Prozent steigen sollte. Die dominante Schockwirkung der ersten Ölkrise war jedoch kurzfristig. Auf der Basis von sich seit den späten Sechzigerjahren bildenden Bürgerinitiativen wuchs bis zur Mitte der Siebzigerjahre eine bundesweite Anti-Kernkraft-Bewegung, die die ersten auch gewaltsamen Massenproteste gegen die geplanten Atomkraftwerke im südbadischen Wyhl und im schleswig-holsteinischen Brokdorf veranstaltete.

Der hier auch massenmedial vermittelte Streit um die Kernenergie »bündelte wie ein Brennglas der Zeit die Probleme des gesellschaftlichen Daseins in Gegenwart und Zukunft. Auf dem Höhepunkt dieses Streits ging es um weit mehr als um die engeren ökologischen und ökonomischen Fragen von Kernkraftwerken [...], zu Debatte standen letztlich die Grundorientierung der modernen Industriegesellschaft und des »großorganisierten Daseins«, das wirtschaftliche Wachstum überhaupt und damit die klassische Frage nach dem Verhältnis des Menschen zu der von ihm geschaffenen Welt. Drohte diese den Menschen, ihren Schöpfer, zu verschlingen? Wurde der Herr zum Sklaven? In diesen Fragen lassen sich die Urängste zusammenfassen, die der Streit über die Kernenergie wachrief.« Der sich verschärfende Konflikt stellte erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland »die Grundregeln politischer Entscheidung in Frage, allem voran die Gültigkeit des Mehrheitsprinzips und die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen von Institutionen der repräsentativen Demokratie. Minderheiten erhoben ihre Ablehnung der Kernenergie zu einer Grundfrage menschlicher Existenz und beanspruchten daher ein Vetorecht gegenüber Regierung und Parlament. Der alte deutsche Gegensatz von Legitimität und Legalität feierte fröhliche Urständ. [...] Als Allerletztes jenseits der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen beschwor man ein Widerstandsrecht.«¹⁸ Vor allem die gewaltsamen Auseinandersetzungen um Brokdorf, bei denen 81 Polizisten verletzt wurden, illustrierten jedoch exemplarisch die Instrumentalisierung des Protestes durch linksextreme, kommunistische und anarchistische Gruppierungen für ihren Kampf gegen das System an sich.

Jenseits dieser Entwicklung zeichnete 1975 die Dänin Anne Lund jene berühmte lachende Anti-akw-Sonne, die als Symbol der europäischen Anti-akw-Bewegung den deutsch-französischen Slogan »Stoppt die Atomindustrie – kämpft für das Leben« ablöste.

Trotz der von den Massenmedien kommunizierten linksradikalen Ausschreitungen in Brokdorf, die das Image der breiten Bürgerbewegung, an deren Spitze auch

18 Wolfgang Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974–1982. – In: Ders.; Werner Link: Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt. – Stuttgart/Mannheim 1987, S. 9–272, S. 89 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Band 5).

Pastoren marschierten, beschädigten und zu einem Bruch zwischen Gemäßigten und Radikalen führten, begann sich der Zeitgeist Mitte der Siebzigerjahre zu drehen und der Spott über die lebensfremden Kritiker der Atomenergie und Fortschrittseuphorie verlor an Zustimmung. Vor dem Hintergrund rationaler und irrationaler Ängste, wachsendem Umweltbewusstsein, zunehmender Fortschrittskepsis und Misstrauen gegenüber scheinbar nicht durchschaubarer Großprojekte formierte sich eine die traditionellen Lagergrenzen ignorierende Ökologiebewegung. Zunehmend wurde klar, dass es sich bei der Ökologiefrage um eine Jahrhundertfrage handelte, die in ihrer geschichtsmächtigen Bedeutung gleichrangig neben der sozialen Frage rangierte und die zunehmend publizistische Resonanz fand.¹⁹

In Österreich hatte bereits Ende der Sechzigerjahre der von verschiedenen konservativen Gruppierungen wie dem »Weltbund zum Schutz des Lebens« und dem »Naturschutzbund« organisierte Protest gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Zwentendorf eingesetzt. 1969 erfolgte die Verabschiedung eines »Ärztememorandums gegen Kernspaltungs-Kraftwerke« und startete Richard Soyka eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gegen AKW. 1970 organisierte der »Weltbund zum Schutz des Lebens« die erste Sternfahrt nach Zwentendorf, wo 200 bis 300 Teilnehmer am Baugelände protestierten, ohne allerdings mediale Aufmerksamkeit zu erregen. 1971 demonstrierten rund 20.000 Teilnehmer in Feldkirch gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes im Schweizer Rüthi, 1972 folgen Warnungen vor dem Standort Zwentendorf, 1974 rückte das geplante AKW in St. Pantaleon in Oberösterreich in den Mittelpunkt des Protestes, gegen dessen Errichtung rund 75.000 Unterschriften gesammelt werden. Mit dem Blick auf die Bundesrepublik Deutschland radikalisierte sich der Protest, als am 22. April 1975 bei einer Diskussionsveranstaltung in der Sporthalle Linz mit Bundeskanzler Bruno Kreisky ein Großteil der Teilnehmer erklärten, sie würden in ihrem Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk in St. Pantaleon auch zur Bauplatzbesetzung schreiten. Zu diesem Zeitpunkt erhielten in Oberösterreich die Kernkraftwerksgegner publizistische Unterstützung von den »Oberösterreichischen Nachrichten«, der »Linzer Rundschau« und der Lokalausgabe der »Kronen Zeitung«. Im Mai 1976 erfolgte in Enns ein Treffen von Kernkraftwerks-Gegnergruppen aus Oberösterreich, Salzburg, Wien, Vorarlberg und Kärnten, um angesichts der von der Bundesregierung gestarteten Informationskampagne eine gemeinsame Organisationsstruktur und ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Die in Enns gegründete »Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner« (IÖAG) sah sich nicht zu Unrecht von Anfang an dem Vorwurf ausgesetzt, lediglich das Instrument linker und linksradikaler Gruppen zu

19 Christian Schaller: Die österreichische Kernenergiekontroverse: Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse mit besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Zwentendorf bis 1981. Phil Diss. – Salzburg 1987.

sein, die in der sich formierenden Ökologiebewegung die Chance sahen, sich aus ihrem politischen Ghetto zu befreien und den Kampf gegen Atomkraftwerke als Paravent für ihren antikapitalistischen Systemprotest zu benutzen. In Oberösterreich hatte bereits der Linzer maoistische »Kommunistische Bund«, eine Kadergruppe der radikalen Linken, die Anti-akw-Bewegung zunehmend unterwandert und instrumentalisiert. Eine ähnliche Entwicklung hatte in Wien stattgefunden. Die sich 1977 häufenden Protestversammlungen der iöag führten angesichts des aggressiven Auftretens linksradikaler Gruppierungen zum Bruch innerhalb der ohnedies zunehmend spannungsgeladenen Koalition bürgerlicher und linker/linksradikaler Gruppen. Die bürgerlichen Gruppierungen gründeten die »Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf« (ARGE) und verließen die iöag, die damit zum Tummelplatz linksradikaler Gruppen wurde. Erst die Volksabstimmung über die Inbetriebnahme Zwentendorfs 1978 sollte zu einer, allerdings nur kurzfristigen, Zweckgemeinschaft der beiden Dachverbände führen.

1977 wurde die Frage der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf nicht nur zum zunehmend an Dramatik gewinnenden Konflikt zwischen Regierung und Anti-akw-Bewegung, sondern auch zum parteipolitischen Konflikt zwischen Regierung und Opposition, vor allem zwischen spö und övp.

Wenngleich die spö unter Bruno Kreisky bei der Nationalratswahl 1975 ihre absolute Mehrheit zu behaupten vermochte, so erkannte der Bundeskanzler und Parteivorsitzende Kreisky die politische Dynamik der Anti-akw-Bewegung, deren prominentes Opfer Olof Palme wurde, der 1976 die Reichstagswahlen in Schweden vor allem auch wegen der akw-Frage verlor. Die schwedische Sozialdemokratie musste erstmals nach Jahrzehnten der Machtausübung auf die Bänke der Opposition wechseln. Das Thema hatte offensichtlich an politischer Brisanz gewonnen und vermochte über das Verbleiben in der Regierung oder den ungeliebten Gang in die Opposition zu entscheiden. Das schwedische Beispiel, bei dem die bürgerlichen Parteien nach Jahrzehnten der Opposition erstmals die Regierung stellten, wurde in Österreich genau beobachtet und analysiert. Bot sich hier nicht für die övp die Möglichkeit, durch geschicktes Taktieren sowie das Thematisieren bestimmter Aspekte der Anti-akw-Bewegung jene Prozentpunkte zu gewinnen, die für das Brechen der absoluten Mehrheit der spö notwendig waren?

Die övp begann sich, wenn auch unter erheblichen innerparteilichen Diskussionen, von ihrer bisherigen Pro-Atom-Linie zu verabschieden und erklärte, dass man zwar grundsätzlich der friedlichen Nutzung der Atomenergie positiv gegenüberstehe, jedoch angesichts der auftauchenden Sicherheitsbedenken sowie der nach wie vor ungelösten Frage der Endlagerung die Bundesregierung für die Inbetriebnahme Zwentendorfs die alleinige Verantwortung zu tragen habe. Dieser völligen energiepolitischen Entlastung der großen Oppositionspartei suchte Kreisky durch sein Bemühen um einem positiven parlamentarischen Entschließungsantrag aller drei Par-

teien, zumindest jedoch von SPÖ und ÖVP, zu begegnen. Auf der Grundlage eines solchen positiven Entschließungsantrages, so ließ er wissen, sei die Bundesregierung bereit, die Verantwortung für die Inbetriebnahme Zwentendorfs zu übernehmen. Die beiden Oppositionsparteien, vor allem jedoch die ÖVP, sollten in die energiepolitische Mitverantwortung eingebunden werden. In seinen Erinnerungen bemerkte Kreisky, er sei nach wie vor davon »überzeugt, dass Taus gar kein Gegner der Atomenergie war, sondern dieses Thema einfach als politischen Schlagstock verwenden wollte. [...] diese ausschließlich von Fragen der politischen Taktik diktierte Haltung hatte später weitreichende Konsequenzen.«²⁰

Im Juni 1977 referierten vier internationale Experten bei der Regierungsklausur in Schloss Hernstein. Carl Friedrich von Weizsäcker, Victor Weisskopf, Wolf Häfele und Arne Eklund empfahlen die Inbetriebnahme von Zwentendorf. Der im Dezember 1977 fertiggestellte Regierungsbericht sprach sich für die Inbetriebnahme des beinahe fertiggestellten Kernkraftwerkes aus. Um einen möglichst breiten Konsens in dieser Frage zu erreichen, sollten jedoch vor der Weiterleitung des Berichts an das Parlament Befürworter und Gegner im Atomausschuss des Nationalrates ihre Argumente vortragen.

Bereits im Juli hatte für die ÖVP Josef Taus fünf Fragen an den Bundeskanzler formuliert und erklärt, dass von deren Beantwortung die Haltung seiner Partei zur Inbetriebnahme Zwentendorfs abhängen würde. Wenngleich der Bau des Kernkraftwerkes Zwentendorf noch unter der Regierung Klaus geplant worden sei, so seien die Teilerrichtungsgenehmigungen bereits in der alleinigen Verantwortung der Regierung Kreisky erfolgt, weshalb für die Frage der Inbetriebnahme nur die Bundesregierung verantwortlich sei. Die ÖVP sei prinzipiell bereit, eine Mitverantwortung für den Betrieb von Zwentendorf zu übernehmen, diese Bereitschaft sei jedoch von der befriedigenden Beantwortung des Forderungskatalogs abhängig. Kreisky müsse persönlich die Verantwortung für die Lösung der Sicherheitsfragen übernehmen und über die Endlagerstätte des Atommülls eine verbindliche Auskunft geben. Der Bundeskanzler müsse ferner eine Erklärung darüber abgeben, ob es im Falle einer Nicht-Inbetriebnahme zu einem Energieengpass kommen werde und welche Maßnahmen die Regierung treffe, um notwendige Energieeinsparungen zu erzielen und welche Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung von Alternativenergien gesetzt werden.

Mit diesem Forderungskatalog wurden die Konturen der Linie der ÖVP deutlich. Dem Argument der SPÖ, dass der Bau Zwentendorfs von einer ÖVP-Alleinregierung beschlossen worden sei und diese daher auch eine Mitverantwortung für Zwentendorf trage, begegnete man offensiv mit dem Gegenargument, dass die Regierung

20 Bruno Kreisky: Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil. Herausgegeben von Oliver Rathkolb, Johannes Kunz und Margit Schmidt. – Wien 1996, S. 151.

Klaus lediglich den Bau beschlossen habe, dessen konkrete Abwicklung jedoch in die alleinige Verantwortung der Regierung Kreisky falle, weshalb die Opposition nicht für die nach 1970 jeweils erteilten Teilgenehmigungen verantwortlich gemacht werden könne. Gleichzeitig wurden geschickt die zunehmend auf breite Resonanz stoßenden Fragen der Sicherheit und der Endlagerung des Atommülls, die der im Dezember 1977 übermittelte Regierungsbericht nicht befriedigend beantworten konnte, als eigentliche Motive der eigenen skeptischen Haltung betont.

Die ohnedies bereits hoch emotionalisierte Atmosphäre wurde durch die von Gesundheitsministerin Ingrid Leodolter am 23. Dezember 1977 erteilte Genehmigung für die Einfuhr der Brennstäbe zusätzlich aufgeladen. Die Kernkraftwerksgegner und die beiden Oppositionsparteien argumentierten, es sei unverantwortlich, während eines noch nicht abgeschlossenen Diskussionsprozess über die Inbetriebnahme Zwentendorfs bereits die Brennstäbe in das Kraftwerk zu bringen und damit den Gang der Ereignisse zu präjudizieren. Besondere Empörung löste der Umstand aus, dass die Regierung zunächst die Brennstäbe heimlich anliefern wollte, jedoch auf Grund der Blockade der Zufahrtswege zu Zwentendorf schließlich deren Anlieferung mit dem Hubschrauber, gleichsam über die Köpfe der Gegner hinweg, angeordnet hatte. Die Wogen der Erregung gingen hoch und erreichten auch Teile der SPÖ. Der ehemalige AZ-Chefredakteur Paul Blau rief die Aktion »Sozialisten gegen Atomstrom« ins Leben, der sich auch Kreiskys Sohn Peter und seine Schwiegertochter Eva anschlossen. Ein Schritt, der von Kreisky als Illoyalität empfunden wurde und das familiäre Verhältnis trübte.

Zu Jahresbeginn 1978 versteiften sich die Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern der energiepolitischen Nutzung der Atomenergie. Kreisky, der ursprünglich nicht zu den bedingungslosen Befürwortern der Inbetriebnahme Zwentendorfs gezählt hatte, war in der Zwischenzeit unter dem Druck von öGB-Präsident Benya und Finanzminister Hannes Androsch²¹ auf eine eindeutige Pro-Zwentendorf-Haltung eingeschwenkt. Dabei hoffte er, ebenso wie Benya, auf die Macht der sozialpartnerschaftlichen Strukturen, hatten sich doch die Industriellenvereinigung unmissverständlich und der Wirtschaftsbund vorsichtig für die Inbetriebnahme Zwentendorfs ausgesprochen. Ihrem Druck, so das Kalkül der SPÖ-Spitze, würde öVP-Obmann Taus, trotz aller politischer Taktik, nicht standhalten können. Taus wiederum erkannte die Gefahr, der er nur durch das Erzielen einer einheitlichen Linie der öVP, wenn notwendig auch gegen den Widerstand des mächtigen Wirtschaftsbundes, begegnen konnte. Der öVP-Obmann war gefordert. Er musste Kampfbereitschaft und

21 Beppo Mauhart: Ein Stück des Weges gemeinsam. Die Ära Kreisky/Androsch – Das »Goldene Jahrzehnt« – in Texten und Bildern. Mit Beiträgen von Peter Jankowitsch: Außenpolitik und Günther Steinbach: Sozialpolitik. – Wien 2006, S. 334 ff.

Durchsetzungsfähigkeit signalisieren und durfte nicht dem parlamentarischen und sozialpartnerschaftlichen Druck erliegen.

Ein erstes Signal in diese Richtung setzte Taus am 19. Jänner 1978, als er den zwischen SPÖ und ÖVP anberaumten sog. »Atomgipfel« nach 35 Minuten abrupt beendete. Bei diesem Gespräch hatte Kreisky den Versuch unternommen, zu einer politischen Einigung über den Atombericht der Regierung vom Dezember 1977 und die Inbetriebnahme Zwentendorfs zu kommen.²² Die ÖVP-Verhandler fühlten sich jedoch durch die Vorgänge um die Lieferung der Brennstäbe brüskiert. Eine parlamentarische Anfrage des Energiesprechers Fritz König vom 7. Dezember 1977 über die angeblich geplante Lieferung der Brennstäbe war bis zu Verhandlungsbeginn unbeantwortet geblieben, während heimlich bereits mit der Lieferung der Brennstäbe begonnen worden war. ÖVP-Generalsekretär s erklärte, dass ein solches Verhalten der Regierung »keine seriöse Basis für Verhandlungen« sei, worauf Parteiobmann Taus' erbostes »Gemma« das Verhandlungsteam der ÖVP veranlasste, aufzustehen und die Gespräche abubrechen.²³ Nach dem Scheitern des politischen Spitzengesprächs erklärte Kreisky vor Journalisten, dass man sich nunmehr bemühen werde, eine ent-

22 Die Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld GmbH (ГКТ) überreichte Bundeskanzler Bruno Kreisky im Dezember 1977 ein Memorandum über die »Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Tullnerfeld«, das in den Regierungsbericht Eingang fand.

23 Die Presse, 20. 1. 1978, S. 2. In dem Memorandum hieß es u.a.: »Die Bau- und Montagearbeiten sind so weit fortgeschritten, dass mit der nuklearen Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Tullnerfeld Anfang März 1978 begonnen werden könnte. Damit könnte das Kernkraftwerk etwa im August 1978 für die Stromversorgung Österreichs zur Verfügung stehen.

Dieser Termin würde auch dem derzeit gültigen koordinierten Kraftwerksausbauprogramm vom September 1977, welches in Anpassung an die geänderten Wirtschaftsverhältnisse erstellt wurde, entsprechen. Dieses Bauprogramm, es umfasst den Zeitraum 1977 bis 1986, basiert auf einer neuen, differenzierten, den heutigen Gegebenheiten und Prognosen bezüglich der weiteren Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft Rechnung tragenden Bedarfsvorschau. Das Kernkraftwerk Tullnerfeld stellt darin einen wesentlichen Bestandteil für die Sicherung der Stromversorgung Österreichs ab Herbst 1978 dar. Eine weitere Verzögerung der Inbetriebnahme würde insbesondere bei schlechterer Erzeugungsmöglichkeit der Wasserkraftwerke, schwerwiegende Folgen mit sich bringen.

Energiedefizite, deren Größenordnungen auf mehrere Milliarden kWh pro Jahr steigen würden und für welche teilweise kurzfristig keine Ersatzenergie aufgebracht werden könnte, würden zu gravierenden Auswirkungen auf die Volkswirtschaft führen.«

Die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Oktober 1977 vorgenommene »Verknüpfung der Verwendung von Kompaktlagerstellen mit der Brennelemente-Handhabung ist weder rechtlich gedeckt noch sachlich begründet. Selbst wenn man eine sachliche Begründung für diese Verknüpfung finden sollte, muss bemerkt werden, dass die Forderung der Behörde schon wesentlich früher hätte gestellt werden können, da die letzte Behördenverhandlung im April 1976, also vor rund eineinhalb Jahren, stattgefunden hat und auch der Antrag auf Bewilligung der Verwendung von Kompaktlagerstellen bereits im Jänner 1977, also vor fast einem Jahr, eingebracht wurde. [...]

Weder aus dem Strahlenschutzgesetz noch aus der Strahlenschutzverordnung kann man die zu treffenden Entsorgungsmaßnahmen herauslesen. Die Behörde hat vielmehr ihre Forderung, Entsorgungs-

sprechende Entscheidung des Parlaments zu bekommen. Ohne diese werde es keine Inbetriebnahme Zwentendorfs geben. Da die öVP den vorliegenden Regierungsbericht vor allem in den Bereichen Sicherheit und Endlagerung für ungenügend erachtete, antwortete Taus: »Die von Bundeskanzler Kreisky angedeutete Möglichkeit, das Parlament möge der Regierung unter bestimmten Auflagen einen Blankoscheck für die Inbetriebnahme von Zwentendorf ausstellen, ist nicht akzeptabel.« SPÖ-Zentralsekretär Fritz Marsch replizierte sichtlich erbost, das Verhalten der öVP sei »an der Grenze der Ungeheuerlichkeit«.²⁴ Und Kreisky erklärte in einem Interview mit dem Magazin »Profil«: »Die öVP, die seinerzeit mit fliegenden Fahnen für Zwentendorf marschiert ist, will sich jetzt davor drücken, weil sie sich wahl demagogische Vorteile ausrechnet. [...] Eine Zusammenarbeit mit der öVP scheint offenbar sinnlos, weil die Zusammenarbeit mit Dr. Taus bisher, seitdem er Bundesparteiobermann ist, kaum in

maßnahmen schon vor der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes nachweisen zu müssen, aus dem Gesetzestext im Interpretationswege abgeleitet.

Gestützt auf diese Interpretation hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Juni 1976 erstmals mitgeteilt, dass der Nachweis der Entsorgungsmaßnahmen eine Voraussetzung für die Erteilung der Betriebsbewilligung sein wird, ohne diese Forderung jedoch bis heute rechtsverbindlich festzulegen.

GKT hat auf Anfrage des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz im Oktober 1972 eindeutig klargestellt, dass sie für die Lagerung des radioaktiven Abfalls für die Zeit nach der Erschöpfung des kraftwerksinternen Lagers keinerlei Vorsorge treffen wird, und hat sich dabei auf Paragraph 91 der Strahlenschutzverordnung berufen, welcher statuiert, dass die Abfälle nach einem von der Behörde zu bestimmenden Ort zu verbringen sind.

Diese Feststellung der GKT ist bis zu dem vorerwähnten Brief vom Juni 1976 seitens des Ministeriums unwidersprochen geblieben.« Eine zentrale Rolle im Entsorgungskonzept der GKT komme dem Abschluss eines Wiederaufbereitungsvertrages (mit der französischen Firma Cogema, Anm. d. Verf.) zu, der beinhalte, dass die anfallenden abgebrannten Brennelemente ab 1981 abtransportiert werden. Als zusätzliche Vorsorge für eventuelle Schwierigkeiten beim Abtransport habe man die kraftwerkseigene Kapazität für die Lagerung abgebrannter Brennelemente in Kompaktlagerstellen vorgesehen, die eine Lagerkapazität bis 1988 beinhalten. Diese Maßnahmen betreffen jedoch nur eine Zwischenlagerung. Für die endgültige Lagerung wurde eine entsprechende Standortsuche eingeleitet. »Die für die Standortfestlegung erforderlichen technischen Vorarbeiten sind aufgrund von psychologisch-politischen Gründen derzeit behindert. Selbst bei Fortfall dieser Hindernisgründe kann die definitive Festlegung eines Standortes für ein geologisches Endlager nicht vor Ende 1980 erfolgen.

Die Abwicklung des Genehmigungsverfahrens für die Errichtung eines geologischen Endlagers (inklusive Standortfestlegung) und die Errichtung selbst werden voraussichtlich etwa fünf Jahre auf die Standortfestlegung und die Bewilligung des Grundkonzeptes und des Standortes entfallen. Dies bedeutet, wenn die Betriebsbewilligung für das Kraftwerk mit der Bewilligung eines geologischen Endlagers gekoppelt wird, eine Verzögerung der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes bis mindestens 1983. Abgesehen von dem vorstehenden konkreten Fall bringt jede Bindung der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Tullnerfeld an ein geologisches Endlager mehrjährige Verzögerungen.« (Profil Nr. 7, 14. 2. 1978, S. 17 ff.)

24 Die Presse, 21./22. 1. 1978, S. 1.

konkreter Weise möglich war.«²⁵ Doch nicht nur die von Kreisky so gescholtene ÖVP, sondern auch die FPÖ ließ wissen, dass sie im Nationalrat dem Regierungsbericht über die »Nutzung der Kernenergie für die Elektrizitätserzeugung« ihre Zustimmung verweigern werde, da, so Partei- und Klubobmann Friedrich Peter, »darin die Fragen der Sicherheit und der Entsorgung des Kernkraftwerkes Zwentendorf nicht geklärt sind.« Die von beiden Oppositionsparteien angesprochene Lösung der Frage der Endlagerung des Atommülls als eine wesentliche Voraussetzung für ihre Zustimmung zur Inbetriebnahme Zwentendorfs war von der Bundesregierung nicht zu beantworten. Die GKT hatte in ihrem Memorandum vom Dezember 1977 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass für die Suche nach einem geeigneten Ort für ein Endlager und das sich daran anschließende Bewilligungsverfahren mindestens fünf Jahre und weitere fünf Jahre für die Errichtung zu veranschlagen seien. Verbundchef Wilhelm Erbacher bemerkte, dass dies im besten Fall eine Verzögerung der Inbetriebnahme Zwentendorfs um fünf, im schlechtesten Fall um zehn Jahre bedeute. Dies sei ökonomisch nicht zu verantworten. Ebenso sei ökonomisch nicht zu verantworten, die Kosten für ein Endlager in der Höhe von mindestens 4 bis 5 Milliarden Schilling auf die in Zwentendorf erzeugte Kilowattstunde umzulegen, da in diesem Fall diese sich in einem Preissegment bewegen würde, der die Produktion von Atomstrom ökonomisch nicht vertretbar mache.²⁶ Eine Meinung, die auch Egon Matzner, der sich nicht prinzipiell gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, jedoch gegen die Inbetriebnahme Zwentendorfs aussprach, in einer SPÖ-internen Diskussion vertrat. »Der gegenwärtige Stand der ›Ökonomie des Atomstromes‹ ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass die ›Realisten‹ in der Politik und in der Wirtschaft bisher nicht bereit oder in der Lage sind zu sagen, was der Atomstrom aus Zwentendorf kosten wird. Das ist schon deshalb bemerkenswert, weil die Öffentlichkeit ständig mit Daten über die ›Kosten‹ des Werkes und seiner Nichtinbetriebnahme geschockt wird. Solange aber die Kosten des Atomstromes einschließlich ›Endlagerung‹ nicht bekannt sind, kann eine ökonomische Bewertung der Inbetriebnahme gar nicht erfolgen. Es ist durchaus vorstellbar, dass bei voller Kostenrechnung eine der drei Optionen ökonomisch besser sein könnte: Zwentendorf erstens als Reserve zu ›thesaurieren‹, zweitens nie in Betrieb zu nehmen oder drittens für eine andere Form der Energieumwandlung zu adaptieren.«²⁷

Zwischen den beiden Großparteien war eine politische Eiszeit ausgebrochen. Am 24. Jänner 1978 schob Kreisky nach einer Sitzung des Ministerrates die ungelöste und heftig umstrittene Frage der Endlagerung des Atommülls der Betreibergesellschaft

25 Profil, Nr. 5, 31. 1. 1978, S. 16f.

26 Profil, Nr. 6, 7. 2. 1978, S. 18.

27 Egon Matzner: Was kommt nach Zwentendorf? Brief an Dr. Heinz Fischer, Klubobmann der SPÖ. – In: Zukunft, Nr. 8, August 1978, S. 9–12, S. 10.

Zwentendorfs zu. Man werde den österreichischen Atommüll nicht ins Ausland abschieben können, sondern werde ihn im Inland lagern müssen. Wo dies der Fall sein könnte, sei von der Betreibergesellschaft zu klären. Sie müsse den geeigneten Ort finden, die Behörden hätten lediglich die entsprechenden Bescheide auszustellen. Man werde jedoch nichts gegen den Willen der Bevölkerung jener Orte tun, die für die Endlagerung in Frage kämen.²⁸ Bereits am folgenden Tag boten Bürgermeister und Gemeinderat des Ortes Alberndorf im Weinviertel an, zumindest Verhandlungen über eine mögliche Zwischenlagerung aufzunehmen. Mit der Suche nach einer geologisch einwandfreien Endlagerstätte hätte man dann bis zum Jahr 2000 Zeit. Doch der Bürgermeister und die Gemeindevertretung hielten dem massiv einsetzenden Druck der Nachbargemeinden und der Atomgegner nicht stand und zogen ihr Angebot wiederum zurück. Als mögliche, wenn auch kostspielige, Endlagerstätten offerierten sich noch der Iran und Ägypten.

Am 9. Februar 1978 gelang öVP-Obmann Taus ein wichtiger Schritt in Richtung einheitliches Agieren seiner Partei in der politisch so sensiblen Frage der Inbetriebnahme Zwentendorfs. Der Parteivorstand erneuerte die bereits im Juli 1977 an Kreisky gestellten fünf Fragen und erklärte, dass die Haltung der Partei bei der weiteren Behandlung der Atomfrage von deren Beantwortung abhängen. Die öVP stehe der friedlichen Nutzung der Kernenergie »grundsätzlich positiv« gegenüber, räume aber den Sicherheitsfragen absolute Priorität ein. »Über die Risiken der Nutzung der Kernenergie besteht heute zwischen den Experten keine Einigkeit. Diese Risiken wurden lange Zeit unterschätzt. Die Diskussion der letzten Jahre hat eindeutig gezeigt, dass diese Technologie nicht eindeutig ausgereift ist.«²⁹ Und eine Woche später präsentierte die öVP ihr Energiesparkonzept, mit dessen Hilfe in 10 bis 12 Jahren 8 Prozent des gesamten Energieverbrauchs, d. h. die Leistung von zwei Atomkraftwerken, eingespart werden sollte.

Mitte März ließ öVP-Klubobmann Mock Kreisky wissen, dass die Regierung in der Frage der Kernenergie ohne vorherige Klärung aller noch offenen Fragen und Übernahme der alleinigen Verantwortung keine Entscheidungshilfe zu erwarten habe. Er »sehe keinen Grund und Anlass, der Regierung die geringste Verantwortung abzunehmen.«³⁰ Es bestehe im Parlament vielmehr der Wunsch, von der Regierung eine eindeutige Stellungnahme zur Kernenergie zu hören. Dort hatte man zur Behandlung der strittigen Materie einen 12-köpfigen Atomunterausschuss des Handelsausschusses eingesetzt, in dem alle Bemühungen der SPÖ scheiterten, eine gemeinsame Resolution aller drei Parteien, wenigstens jedoch von SPÖ und öVP, zur friedlichen Nutzung der Kernenergie auszuarbeiten. Das Expertenhearing sowie die

28 Die Presse, 25. 1. 1978, S. 2.

29 Die Presse, 10. 2. 1978, S. 1.

30 Die Presse, 20. 3. 1978, S. 2.

Befragung von Gesundheits- und Unterrichtsministerin Ingrid Leodolter im Atomunterausschuss waren nicht dazu angetan, die Bedenken zu zerstreuen. Leodolter konnte vor allem die entscheidende Frage nicht beantworten, die die Feststellung des Regierungsberichts betraf, dass eine Betriebsgenehmigung für Zwentendorf so lange nicht erfolge, bis die vollständige Kette der Entsorgung, d.h. auch der Endlagerung, gelöst sei. Die Ministerin bemerkte lediglich: »Wie Sie wissen, sind 200 Kernkraftwerke heute in Betrieb und 40 sind im Bau, und jeder macht mit seinem Kernkraftwerk etwas, was noch nicht ganz gelöst ist, wo man dann in 20 oder mehr Jahren einen anderen Weg einschlagen wird.« Man habe in Zwentendorf ein Kompaktlager mit einer Lagerkapazität von sechs Jahren vorgesehen. In der Zwischenzeit werde man ein Abkommen mit dem Ausland bezüglich einer Endlagerung schließen.³¹ Dies stand allerdings in den Sternen, da weltweit noch kein benützbare Endlager existierte.

Die ablehnende Haltung der öVP, die schließlich Anfang Juni zum Scheitern der parlamentarischen Verhandlungen führte, resultierte vor allem aus zwei Gründen: Zum einen vermochte die SPÖ weder die geforderten Sicherheitsgarantien zu geben noch eine definitive Lösung des Problems der Endlagerung des Atommülls anzubieten, zum anderen hatte sich die FPÖ auf eine strikte Anti-AKW-Linie festgelegt und damit jeder Drei-Parteien-Einigung verweigert. Die öVP fürchtete im Falle eines Einschwenkens auf die Linie der SPÖ ein mögliches Wahlkampfthema leichtfertig aus der Hand zu geben und der FPÖ die Chance der publikumswirksamen Profilierung als Anti-Atom-Partei einzuräumen.

Nachdem am 8. Juni auch ein Gespräch zwischen Taus und Kreisky am Krankenbett des Kanzlers ergebnislos verlief, erklärte dieser über die Haltung der öVP: »Ein bisserl Courage sollte eine große Partei schon haben, wenigstens in einer so großen Prinzipienentscheidung. Wie soll man denn mit so einer Partei künftig vielleicht einmal auf weitester Basis zusammenarbeiten können, wenn sie nicht einmal da entscheiden kann?«³² Der Beschluss, Zwentendorf in Betrieb zu nehmen, sei Sache und in der Verantwortung der Regierung. Dieser sei aber nicht denkbar ohne den vorherigen, auf breiter Basis gefassten Parlamentsbeschluss, dass Österreich prinzipiell die Kernenergie benötige. Die öVP wolle sich aber von dem von ihr bereits in den Sechzigerjahren gefassten Beschluss nunmehr aus taktischen Überlegungen distanzieren. Nach dem Scheitern eines letzten Gespräches zwischen Taus und Kreisky am 21. Juni entschloss sich der Kanzler im Juli zur Flucht nach vorne. Während eines Krankenhausaufenthalts wegen einer Gallenblasenoperation rief er Hannes Androsch, Heinz Fischer und Leopold Gratz zu sich ans Krankenbett und erklärte: »Ich habe über die Zwentendorf-Frage sorgfältig nachgedacht. Ich halte es für falsch,

³¹ Profil, Nr. 15, 11. 4. 1978, S. 20.

³² Die Presse, 12. 6. 1978, S. 2.

das Kraftwerk nicht in Betrieb zu nehmen und viele Milliarden Schilling beim Fenster hinauszuerwerfen. Das wird auch die Bevölkerung verstehen.« Anschließend unterbreitete er seinen Lösungsvorschlag: »Wir machen zur Frage der Inbetriebnahme von Zwentendorf eine Volksabstimmung. Die Mehrheit der Bevölkerung wird sicher dafür sein, und das muss dann auch die ÖVP zur Kenntnis nehmen, ob es ihr passt oder nicht.«³³ Die Taktik der ÖVP hatte ihn offensichtlich zu einer Meinungsänderung veranlasst. Noch Mitte Jänner 1978 hatte er eine Volksabstimmung über diese Frage mit der Begründung abgelehnt, das Problem »der Verwendung der Kernenergie« sei »ungeeignet«, durch eine Volksabstimmung gelöst zu werden, da sie »mit so viel Agitation verbunden« sei.³⁴

Nunmehr begründete er seine Entscheidung mit dem Satz: »Ich bin dagegen, dass mit drei Stimmen Mehrheit die Entscheidung fallen soll, ob in Österreich Atomstrom verwendet wird oder nicht.«³⁵ Mit dieser Erklärung deutete er weiteres Motiv an: er wollte einen 1979 drohenden Atomwahlkampf unbedingt verhindern. Meinungsumfragen signalisierten ein Potential von 3 bis 4 Prozent deklarerter SPÖ-Sympathisanten, die im Falle eines möglichen Beschlusses durch die absolute Regierungsmehrheit der SPÖ für die Inbetriebnahme Zwentendorfs der Partei den Rücken kehren würden. Die SPÖ wäre Gefahr gelaufen, das Schicksal der schwedischen Sozialdemokraten zu teilen. Heinz Fischer bemerkte in seinen Erinnerungen, dass Kreisky »die Inbetriebnahme von Zwentendorf mit halb so viel Energie und politischen Strapazen (hätte) durchsetzen können wie die Errichtung und Inbetriebnahme von UNO-City und Konferenzzentrum, wenn er ebenso klar und zweckorientiert darauf hingearbeitet hätte. Aber bei Zwentendorf lag der psychologisch interessante Fall vor, dass Kreisky persönlich eine Entscheidung für die Inbetriebnahme von Zwentendorf für richtig hielt, sie aber nicht mit jener Unbedingtheit und inneren Sicherheit anstrebte wie andere Projekte, sondern oft in einer Art und Weise zögerlich und unklar war, dass er der Emotionalität der Kernkraftwerksgegner beachtliche Entfaltungsmöglichkeiten einräumte.«³⁶ Und die Entscheidung fiel schließlich auch aus der Überzeugung, dass es eine deutliche Mehrheit für die Inbetriebnahme Zwentendorfs geben werde. Er erwartete sich, so Kreisky am 25. Juni im ORF, eine »kompakte Mehrheit« für die Inbetriebnahme Zwentendorfs, da er davon überzeugt sei, dass eine eindeutige Mehrheit der Österreicher/innen ein fertiggestelltes Atomkraftwerk nicht verrotten lassen wolle.³⁷

33 Zit. bei Wolfgang Petritsch: Bruno Kreisky. Die Biografie. – St. Pölten/Salzburg 2010, S. 274.

34 AZ, 18. 1. 1978, S. 1.

35 Die Presse, 23. 6. 1978, S. 1.

36 Heinz Fischer: Reflexionen. 3. Aufl. – Wien 1998, S. 266.

37 Die Presse, 26. 6. 1978, S. 1.

Diese Auffassung stand jedoch zunehmend auf wackeligen Beinen. Die Meinung der Österreicher über die friedliche Nutzung der Atomenergie war erheblichen Schwankungen ausgesetzt. So erklärten in einer IMAS-Umfrage im Dezember 1976 nur 30 Prozent, sie seien grundsätzlich für den Bau von Atomkraftwerken in Österreich, während dies jedoch 42 Prozent ablehnten. Im Juni 1977 stieg die Zahl der Befürworter, nicht zuletzt auf Grund einer massiven Werbekampagne der Sozialpartner und der Energieerzeuger, auf 34 Prozent, während jene der Gegner auf 40 Prozent sank und 27 Prozent unentschieden waren. In einer zwischen Oktober und Dezember 1977 durchgeführten Umfrage von Fessel+GfK vertraten nur 23 Prozent der Österreicher die Auffassung, dass Atomkraftwerke sicher zu bauen und für Österreich notwendig sind, während 36 Prozent die Meinung vertraten, dass Atomkraftwerke vor ihrer Errichtung erst sicher gemacht werden müssten. 11 Prozent stimmten dem Satz zu, dass Atomkraftwerke zwar sicher gebaut, jedoch nicht in Österreich errichtet werden sollten und 26 Prozent gaben an sicher zu wissen, dass Atomkraftwerke nie sicher gebaut und daher auch in Österreich nicht errichtet werden dürfen. Unter diesen ausgewiesenen Skeptikern befanden sich 30 Prozent öVP- und 20 Prozent SPÖ-Wähler.³⁸ Kreiskys Erklärung vor dem Wiener SPÖ-Landesparteitag: »Wir wollten in der nächsten Zeit alles tun, um diese Volksabstimmung zu einem politischen Ereignis erster Ordnung zu machen und vor allem zu einem Erfolg für die Sozialistische Partei, die als Regierungspartei hierfür die Verantwortung trägt«, konterkarierte mit der geänderten Bewusstseinslage der SPÖ-Sympathisanten und -Wähler. Hielten sich in einer von Juli bis September 1978 durchgeführten Fessel+GfK-Umfrage im Juli noch 50 Prozent der SPÖ-Sympathisanten für »ausreichend« über Zwentendorf informiert, so waren es im September nur mehr 43 Prozent. 19 Prozent erklärten zu diesem Zeitpunkt, »sicher nicht« abstimmen zu wollen. Auf die Frage, ob man sich für oder gegen Zwentendorf entscheiden werde, errangen die Befürworter keine absolute Mehrheit der Wahlberechtigten. Nur 41 Prozent erklärten sich als Befürworter, 23 Prozent als Gegner und 30 Prozent als Unentschlossene. 17 Prozent der SPÖ-Sympathisanten, 31 Prozent der öVP-Sympathisanten und 27 Prozent der FPÖ-Sympathisanten erklärten sich als Gegner der Inbetriebnahme Zwentendorfs.³⁹

Da eine Volksabstimmung nur über ein bereits beschlossenes Gesetz erfolgen kann, begannen am 26. Juni die Parteienverhandlungen über einen entsprechenden Text, die jedoch an den unterschiedlichen Vorstellungen von SPÖ und öVP scheiterten. Während die öVP einen Text über die friedliche Nutzung der Kernenergie forderte, legte die SPÖ einen über die Inbetriebnahme Zwentendorfs vor, der am 28. Juni im Parlament von der absoluten Mehrheit der SPÖ beschlossen wurde und über den am 5. November die Volksabstimmung erfolgen sollte. Bei der Debatte erklärte Kreisky

³⁸ Profil, Nr. 5, 31. I. 1978, S. 15.

³⁹ Profil, Nr. 43, 24. 10. 1978, S. 13 f.

in Richtung öVP: »Sie wollen eine Volksabstimmung über die Kernenergie, wir über die Inbetriebnahme von Zwentendorf.«⁴⁰ Damit hatte er den Kern der gegensätzlichen Positionen angesprochen. Während Innenminister Erwin Lanc erklärte, die SPÖ habe mit diesem Gesetzesbeschluss politische Farbe bekannt und von Flucht aus der Verantwortung durch die Volksabstimmung am 5. November könne keine Rede sein,⁴¹ ließ der Parteivorstand der öVP verlauten, die Diskussion der letzten Jahre habe gezeigt, dass die Atom-Technologie noch nicht endgültig ausgereift sei. »Die Zeit, in der der Eigenbedarf Österreichs noch mit herkömmlichen Energiequellen gedeckt werden kann, ist zu nützen, um die Sicherheitsfragen beim Kernkraftwerk Zwentendorf zu klären und die Lagerung des Atommülls einer endgültigen Lösung zuzuführen.«⁴² Die von der SPÖ durchgesetzte Volksabstimmung wurde mit der Begründung abgelehnt, dass dabei nicht über die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie, sondern über die Inbetriebnahme Zwentendorfs abgestimmt werde. Die äußerst komplexe Frage, vor allem jene der Sicherheit, könne aber nicht von der Bevölkerung beantwortet werden, sondern nur von der Regierung, die sich jedoch mit dieser Volksabstimmung aus ihrer Verantwortung stehle.

Entgegen der Hoffnung der SPÖ, die öVP würde unter dem Druck der Industriellenvereinigung und des Wirtschaftsbundes doch noch auf eine Pro-Zwentendorf-Linie einschwenken, war es Taus mit dieser Erklärung gelungen, die Partei auf eine einheitliche Linie einzuschwören. Da jedoch erhebliche Teile des eigenen Klientels zu den Befürwortern einer Inbetriebnahme Zwentendorfs zählten, vermied die öVP eine eindeutige Pro- oder Contra-Erklärung zur bevorstehenden Volksabstimmung.

Im Gegensatz dazu beschloss der SPÖ-Parteivorstand am 17. Oktober eine eindeutige Ja-Empfehlung.⁴³ Die Argumentation für diesen Beschluss basierte vor allem auf vier Argumenten, die von Spitzenrepräsentanten der Partei bereits im Vorfeld des Beschlusses verwendet wurden: 1. Angesichts der zu erwartenden Steigerungsraten im Bereich des Energiebedarfs könne Österreich aus ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht auf die zusätzliche billige Energie aus Zwentendorf verzichten. 2. Es sei ökonomisch nicht zu verantworten, Baukosten in der Höhe von rund 8 Milliarden Schilling ohne die Lukrierung eines entsprechenden Gegenwertes abzuschreiben, zumal 3. die von der Opposition und den AKW-Gegnern immer wieder ins Treffen geführten Bedenken nicht zuträfen. 4. Wenngleich der Beschluss zum Bau Zwentendorfs unter der Regierung Klaus gefallen sei, so erfolgte der Bau unter in der Ära der SPÖ-Alleinregierung, die sich daher mit diesem vor allem aus wirtschaftspolitischer Verantwortung identifiziere.

40 Die Presse, 29. 6. 1978, S. 2.

41 AZ, 16. 9. 1978, S. 2.

42 Profil, Nr. 39, 26. 9. 1978, S. 13.

43 AZ, 18. 10. 1978, S. 1 f.